

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung ab1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen: P II/64 fortlaufend

Hinweis: Die Qualität und Lesbarkeit des digitalen Dokuments ist abhängig von der Qualität der Vorlage. Bei einigen Protokollen muss daher mit Abstrichen bei der Lesbarkeit und der Durchsuchbarkeit des Dokuments gerechnet werden!

N I E D E R S C H R I F T

über die Festsitzung der Ratsversammlung am 20. Juni 1966,
Rathaus, Ratssaal

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 16.40 Uhr

Anwesend: Die Mitglieder der Ratsversammlung und des Magistrats,
die Gattin des verstorbenen Kulturpreisträgers Ronnefeldt,
zahlreiche Ehrengäste und
Kieler Bürger

Vorsitzender: Stadtpräsident Köster

Schriftführer: Ratsherr Müller

Stadtpräsident Köster:

Herr Präsident Boholt! Herr Ministerpräsident Dr. Lenke!
Herr Vizepräsident Dr. Schwinkowski! Eure Magnifizenz! Verehrte
Gäste aus dem In- und Ausland! Meine Damen und Herren! Es ist
für mich eine große Ehre, Sie alle im Namen der Ratsversammlung,
des Herrn Oberbürgermeister Bastar und des Magistrats zur
heutigen Festsetzung der Ratsversammlung herzlich willkommen zu

Stenographischer Bericht

=====

Woche, und zum 16. Male die Festsetzung der Rats-
versammlung zur Kieler Woche.

über die

Festsitzung der Kieler Ratsversammlung anlässlich

der "Kieler Woche" am 20. Juni 1966, 15 Uhr, im

Ratssaal der Stadt Kiel

Kiel hat sich einen Namen gemacht. Ein guter Name
verpflichtet. In einer Festsitzung ist es gewiß erlaubt, jenen
Erfolg im angemessenen Stolz zu verzeichnen. Wozu verpflichtet
der Ruf? Daß die Städte Schleswig-Holsteins auf uns schauen und
von uns erwarten, daß wir uns als Sprecher für die Belange der
Selbstverwaltung bei der Landesregierung immer wieder in
Erinnerung bringen. Natürlich wäre es vermessen, wollte ich die
Festsitzung benutzen, unseren großen Sorgenkatalog hier aus-
ubreiten. Heute freuen wir uns vielmehr, daß Sie, verehrter
Herr Ministerpräsident Dr. Lenke, mit Ihren Kabinettskollegen
Frau Minister Dr. Ohnesorge, Herrn Minister von Heydebreck -
sowie den Damen und Herren der Landesverwaltung, aber auch Sie,
Herr Vizepräsident Dr. Schwinkowski, Herr Oppositionsführer
Köber, Herr Staatsrat Mantsel und Herr Schröder mit den Landtags-
abgeordneten zu uns gekommen sind. Mit unserem Dank für Ihren
Besuch verbinde ich die herzlichsten Grüße der Ratsversammlung.

Kiel, den 20. Juni 1966

Stadtpräsident Köster:

Herr Präsident Bomholt! Herr Ministerpräsident Dr. Lemke!
Herr Vizepräsident Dr. Schwinkowski! Eure Magnifizenz! Verehrte
Gäste aus dem In-und Ausland! Meine Damen und Herren! Es ist
für mich eine große Ehre, Sie alle im Namen der Ratsversammlung,
des Herrn Oberbürgermeister Bantzer und des Magistrats zur
heutigen Festsitzung der Ratsversammlung herzlich willkommen zu
heißen. Wir feiern in diesem Jahre zum 84. Male die Kieler
Woche, und zum 16. Male begehen wir die Festsitzung der Rats-
versammlung zur Kieler Woche.

Kiel hat sich mit seiner Kieler Woche als nördlichste Landes-
haupt-und Universitätsstadt einen Namen gemacht. Ein guter Name
verpflichtet. In einer Festsitzung ist es gewiß erlaubt, jenen
Erfolg im angemessenen Stolz zu verzeichnen. Wozu verpflichtet
der Ruf? Daß die Städte Schleswig-Holsteins auf uns schauen und
von uns erwarten, daß wir uns als Sprecher für die Belange der
Selbstverwaltung bei der Landesregierung immer wieder in
Erinnerung bringen. Natürlich wäre es vermessen, wollte ich die
Festsitzung benutzen, unseren großen Sorgenkatalog hier aus-
zubreiten. Heute freuen wir uns vielmehr, daß Sie, verehrter
Herr Ministerpräsident Dr. Lemke, mit Ihren Kabinettskollegen
Frau Minister Dr. Ohnesorge, Herrn Minister von Heydebreck -
sowie den Damen und Herren der Landesverwaltung, aber auch Sie,
Herr Vizepräsident Dr. Schwinkowski, Herr Oppositionsführer
Käber, Herr Staatsrat Mentzel und Herr Schröder mit den Landtags-
abgeordneten zu uns gekommen sind. Mit unserem Dank für Ihren
Besuch verbinde ich die herzlichen Grüße der Ratsversammlung.

Unsere Stadt ist eine junge Landeshauptstadt. Deshalb begrüße ich es, daß heute wiederum die Universität unter Leitung von Magnifizenz und unseren Dekanen der Christiana Albertina unter uns weilt. Wenn die Landeshauptstadt noch relativ jung ist, dann dürfen wir sagen: wir leben hier in Kiel in einer alten Universitätsstadt; inzwischen sind es 301 Jahre. Hier liegt für uns eine weitere Verpflichtung, die guten Beziehungen zur Christiana Albertina zu pflegen und auszubauen.

Ich begrüße die Herren der Bundeswehr und der Wehrbereichsverwaltung, an ihrer Spitze Herrn Konteradmiral Neuß und Herrn Präsident Dr. Nothnagel. Mein Gruß gilt den Vertretern der Arbeitgeberverbände, den Vorstandsmitgliedern der Betriebe sowie der Industrie- und Handelskammern, an ihrer Spitze Herrn Konsul Seibel.

Wir sind erfreut, daß in diesem Jahr wiederum viele Vertreter des DGB, der DAG sowie Betriebsrats- und Personalratsvorsitzende unter uns weilen. Stellvertretend für alle begrüße ich Herrn Walter und Herrn Verdieck und für die DAG Herrn Ehlers. Ihnen allen gilt unser herzlicher Gruß.

Herzlich willkommen heiße ich die Herren der Kirchen, für die Evangelische Kirche Herrn Bischof Dr. Hübner, für die Katholische Kirche Herrn Dechant von de Berg.

Wir freuen uns sehr, daß wiederumviele ausländische Gäste, darunter Parlamentarier aus den skandinavischen Ländern und Freunde aus unseren Partnerstädten Coventry und Brest, zu uns gekommen sind, an ihrer Spitze der Folketingspräsident, Herr Bomholt, Herr von Friesen, sowie Herr Bürgermeister Williams aus Coventry.

Unsere Freude ist deshalb so groß, weil wir die Solidarität so vieler demokratisch gesinnter Frauen und Männer aus dem Ausland in schweren Stunden kennenlernen durften. Wir sitzen alle in einem Boot, nämlich uns immer wieder für friedliche und soziale Lösungen und die Freiheit des Menschen einzusetzen. Dazu bedarf es der gegenseitigen Verständigung, des - wie die Dänen so schön sagen - Kontaktemachens. Gewiß, der Weg zum echten Frieden und zur menschlichen Gesinnung ist ein weiter und dorniger. Wir müssen alle noch viel Geduld aufbringen. Aber eines Tages - so hoffen wir zuversichtlich - werden wir es schaffen.

Ich bedanke mich sehr herzlich, daß die ausländischen Gäste unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind, und begrüße sie in unserer Mitte sehr, sehr herzlich.

Glücklich bin ich darüber, daß ich - wie alle Jahre - die Mitglieder des Kultursenats begrüßen darf. Mit meinem Gruß sage ich Ihnen Dank für Ihre Arbeit, die Sie in aller Stille unter Vorsitz von Magnifizenz für uns leisten. Sie haben uns auch in diesem Jahr mit Ihrem wertvollen Rat zur Seite gestanden und uns den unvergessenen Peter Ronnefeld als Kulturpreisträger vorgeschlagen. Herzliche Grüße anbiete ich Ihnen, sehr verehrte Frau Ronnefeld.

Herrn Stadtrat Dr. vom Rath, dem Festredner unserer heutigen Sitzung, sowie den Damen und Herren des Fernsehens, des Rundfunks und der Presse gelten ebenfalls unsere Grüße. Den Herren des Rundfunks gilt unser besonderer Dank für die Mitwirkung

bei unserem diesjährigen Leitthema.

Ich schließe Sie alle, meine Damen und Herren - auch, wenn ich aus zeitlichen Gründen nicht alle habe namentlich erwähnen können -, sehr herzlich in meine Begrüßung ein und danke Ihnen aufrichtig, daß Sie zu uns gekommen sind.

Darf ich Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, nunmehr bitten, ein Grußwort zu uns zu sagen!

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie heute die Ehrung des ja leider so früh verstorbenen Peter Ronnefeld vornehmen und damit unserer Kieler Woche einen Höhepunkt geben, einen Höhepunkt deswegen, weil daraus hervorgeht, daß wir neben all den Dingen, die uns in der Kieler Woche erfreuen, so sichtbar machen wollen - und das ist der Gedanke der Stadt Kiel ja gewesen -, daß die kulturellen Veranstaltungen - überhaupt die Kultur - einen Eckpfeiler in der Kieler Woche darstellen sollen. Die Bedeutung von Peter Ronnefeld und die Gründe für die Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kiel mögen nachher berufenerer Sprecher würdigen. Für die Landesregierung und für das ganze Land Schleswig-Holstein - ich darf dafür sprechen - möchte ich nur anmerken, daß die künstlerische Ausstrahlung Peter Ronnefelds nicht etwa nur hier auf unsere Stadt beschränkt geblieben ist; sie ging sehr viel weiter. In ihm und den von ihm inspirierten Musikern war ein hoffnungsvoller Ansatz für die Vertiefung der künstlerischen Bemühungen in Schleswig-Holstein gegeben. Die Kieler Woche, an der ja zu unserer Freude so viele Gäste aus dem Ausland - aus der ganzen Welt, darf man sagen - teilnehmen, bietet einen festlichen Rahmen für

Ministerpräsident Dr. Lemke:

Herr Stadtpräsident! Herr Oberbürgermeister! Magnifizenz! Sehr verehrte gnädige Frau! Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere Damen und Herren von unserer Ratsversammlung in Kiel! Ich habe mich zunächst dafür zu bedanken, daß ich einige Worte des Grußes hier heute sprechen darf. Ich hatte schon früher die Ehre - einmal als Kultusminister, sodann auch als Innenminister - hier zur festlichen Ratsversammlung zu sprechen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie heute die Ehrung des ja leider so früh verstorbenen Peter Ronnefeld vornehmen und damit unserer Kieler Woche einen Höhepunkt geben, einen Höhepunkt deswegen, weil daraus hervorgeht, daß wir neben all den Dingen, die uns in der Kieler Woche erfreuen, es sichtbar machen wollen - und das ist der Gedanke der Stadt Kiel ja gewesen -, daß die kulturellen Veranstaltungen - überhaupt die Kultur - einen Eckpfeiler in der Kieler Woche darstellen sollen. Die Bedeutung von Peter Ronnefeld und die Gründe für die Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kiel mögen nachher berufenerer Sprecher würdigen. Für die Landesregierung und für das ganze Land Schleswig-Holstein - ich darf dafür sprechen - möchte ich nur anmerken, daß die künstlerische Ausstrahlung Peter Ronnefelds nicht etwa nur hier auf unsere Stadt beschränkt geblieben ist; sie ging sehr viel weiter. In ihm und den von ihm inspirierten Musikern war ein hoffnungsvoller Ansatz für die Vertiefung der künstlerischen Bemühungen in Schleswig-Holstein gegeben. Die Kieler Woche, an der ja zu unserer Freude so viele Gäste aus dem Ausland - aus der ganzen Welt, darf man sagen - teilnehmen, bietet einen festlichen Rahmen für

diese Ehrung Ronnefelds, und für Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Ratsversammlung, denn Sie haben den Preis verliehen. Sie stellen damit die Aufgeschlossenheit der Kieler Stadtväter für diese Dinge dar, für die Musik; Sie rücken Ihr Bemühen in das rechte Licht. Dafür danken wir Ihnen von der Landesregierung, vom ganzen Lande Schleswig-Holstein, und wir hoffen - wir sind davon überzeugt -, daß Sie auch in Zukunft würdige Preisträger in unserem Lande finden werden.

Meine Damen und Herren! Sie haben mit Herrn Dr. vom Rath den Kulturreferenten einer der größten deutschen Städte als Redner gewonnen. Er wird durch seine Tätigkeit in Frankfurt am Main, einem der großen deutschen Kulturzentren, sicherlich uns viele Anregungen für die Arbeit hier im Lande geben, und ich freue mich - ich habe es vorhin auch zu Herrn Dr. vom Rath gesagt - genau wie Sie auf diesen Vortrag.

Ich darf sagen, daß wir uns vom Lande - vom Landtag und von der Landesregierung - bemühen, die Kultur an die Spitze unserer Möglichkeiten zu stellen; wir tun das bewußt und haben es durch die ganzen 20 Jahre getan. Wir werden uns mit geringen Mitteln - Sie wissen alle, daß wir uns etwas einschränken müssen, aber das ist eine allgemeine Erscheinung - immer wieder bemühen, die Wünsche des Herrn Kultusministers voll und ganz zu berücksichtigen, und wir wollen den Kultusetat weiterhin als den stärksten erscheinen lassen.

Um auf das Thema zu kommen, Herr Dr. vom Rath: Wir sehen Bildung keineswegs als Luxus an, sondern als Notwendigkeit. Die

Frage, ob es einen Bildungszwang gibt, wird hierzulande aus unseren liberalen Bildungstraditionen dahingehend beantwortet, daß Bildung nicht erzwungen werden kann. Es gibt sicherlich in unserer Welt der Automation einen materiellen, vielleicht sogar auch einen sozialen Zwang zur Ausbildung und Weiterbildung. Den Gesamtbegriff Bildung wollen wir aber niemals von der persönlichen Entscheidungsfreiheit getrennt wissen. Wir bejahen das Recht auf Bildung und fördern die Chancen; die Entscheidung aber trifft nicht der Staat, treffen nicht wir, trifft nicht die Gesellschaft, sondern entscheiden muß letzten Endes jeder für sich selbst.

Wir sind glücklich, daß wir hier in der Stadt Kiel in der Ratsversammlung seit Jahr und Tag viel Verständnis für die Maßnahmen und die Unterstützung des Landes gefunden haben. Wir wissen auch, daß durchaus einmal ein Wort der Unzufriedenheit gesprochen werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Ratsversammlung! Seien Sie sich bitte darüber im klaren, lassen Sie sich es von mir versichern, daß wir gern noch viel mehr tun würden, wenn wir es könnten. Aber seien Sie davon überzeugt, daß wir uns Mühe geben, den Wünschen und berechtigten Belangen unserer Städte und Kreise und Gemeinden zu entsprechen. Dies als ein kleines Wort der Erwiderung zu Ihren Sorgen, Herr Stadtpräsident!

wie es auch diese Stunde bekundet.

Nun wird aber manchmal sehr vernebelich die Frage gestellt - und sie wurde mit besonderer Eindringlichkeit während des 300-Jahresjubiläums in mancherlei Publikationen auch abgehandelt -, ob Kiel denn eine Universitätsstadt sei. Das ist, um nun auf einen Begriff des diesjährigen Leitthemas zu kommen, eine Frage, in der eine Suggestion enthalten ist; und die

Professor Dr. Erdmann, Rektor der Christian-Albrechts-Universität:

Herr Ministerpräsident! Herr Stadtpräsident! Herr Oberbürgermeister! Hohe Ratsversammlung! Meine Damen und Herren! Diese Festsitzung gibt alljährlich die willkommene Gelegenheit, durch ein öffentliches Wort zu bekunden, in welchem nahen und guten Verhältnis die Universität zur Stadt und zu ihren Bürgern steht. An der Festfreude dieser bewegten Kieler Woche nimmt sie ihren vollen Anteil. Ihre Kutter und ihre Boote mischen sich unter das sportliche Treiben auf der Förde. In ihren inneren Lehrbetrieb kommen während dieser Tage neue Akzente durch die Vorlesungen und Kolloquien auswärtiger Gelehrter, die aus den Universitäten anderer europäischer Länder, namentlich unserer skandinavischen Nachbarn bishin zur hebräischen Universität Jerusalem unserer Einladung zur Kieler Woche Folge geleistet haben. Die Universität ist an den Vorüberlegungen zum kulturellen Programm der Kieler Woche, auch an der Formulierung des Leitthemas intensiv beteiligt gewesen. Kurzum: Das Fest der Stadt ist auch das Fest der Universität. In dem herzlichen Wunsch, den wir an den Stadtpräsidenten, den Herrn Oberbürgermeister und alle seine Mitarbeiter richten, soll ein warmer Ton des Dankes mit eingemischt sein für manche Hilfe und Förderung, die die Universität bei der Stadt gefunden hat und ständig findet, ein Verhältnis also der gegenseitigen Sympathie und des Einklanges, wie es auch diese Stunde bekundet.

Nun wird aber manchmal sehr vernehmlich die Frage gestellt - und sie wurde mit besonderer Eindringlichkeit während des 300-Jahresjubiläums in mancherlei Publikationen auch abgehandelt -, ob Kiel denn eine Universitätsstadt sei. Das ist, um nun auf einen Begriff des diesjährigen Leitthemas zu kommen, eine Frage, in der eine Suggestion enthalten ist; und die

Frage zielt doch wohl auf die Antwort: nein, jetzt nicht, jetzt noch nicht. Zum mindesten bedeutet die Frage ein großes Fragezeichen. Die Argumente sind bekannt. Sie lassen sich in dem Satz zusammenfassen, daß weder das äußere Bild noch der geistige Habitus dieser Industrie-, Geschäfts-, Verwaltungs-, Hafen- und Marinestadt von der Universität her in dem Maße bestimmt werde, wie es ihrem Gewicht als wirtschaftlicher Faktor und ihrem wissenschaftlichen Rang entspräche. Hinter dieser Frage steht aber, wenn ich es richtig empfinde, eine andere Suggestion: die Suggestion der mittel- und süddeutschen Universitäts- und Kleinstädtidyllen. Wenn Sie es mir nun als Historiker gestatten, ein wenig in der Geschichte zurückzublättern, dann meine ich, daß etwas von dieser romantischen Universitätsvorstellung vielleicht schon bei dem Universitätsgründungsakt vor 300 Jahren mit zu spüren gewesen wäre. Es gibt da eine Beschreibung des Neuen Kieler Parnasses aus dem Gründungsjahr der Universität, das heißt eine Beschreibung der Gebäude des ehemaligen Franziskanerklosters, die die Stadt für die Universität zur Verfügung gestellt hatte. Da heißt es nun - ich meine, in einer gewissen romantischen Verklärung der Kieler Stadtlandschaft, - , daß - ich zitiere - "durch das angenehme Rauschen der plätschernden Wellen und durch die liebliche Aussicht auf den Kleinen Kiel die Zuhörer über die Maßen angezogen würden, gewiß nicht weniger als das Kollegium zu Basel durch den unten vorbei fließenden Rhein und die dem Auge sich darbietenden Weinberge". Nun, wie es mit dieser etwas sicherlich phantasievollen Assosiation auch beschaffen sein möge, damals war die Universität jedenfalls

Lehrkörpers - ein Mediziner -, um das gute Benehmen der Studenten zu loben, drüben nach Kopenhagen zu vermelden:

mitten in der Stadt placiert, die es sich etwas hatte kosten lassen, daß der neue Parnaß hier errichtet wurde und nicht etwa in Schleswig, und zwar errichtet wurde mit den beneidenswerten Privilegien für die Professoren: eigene Gerichtsbarkeit, keine Grundsteuer, das Recht, ihr eigenes Bier zu brauen und den Wein zollfrei zu importieren. Als diese Sonderstellung der Universität in der Zeit der französischen Revolution in Gefahr geriet, verteidigte sie der berühmte Philosoph Reinhold - Kantianer -, damals Prorektor hier in Kiel, mit dem Argument, der Beruf der Professoren sei so lebenswidrig und diese selbst so lebensuntüchtig, daß man ihnen mit solcher Vorzugstellung aufhelfen müsse.

(Heiterkeit.)

Dann wörtlich: "Wenn und wo dieser Stand von den Kriegsdiensten und den direkten Steuern befreit bleibt, geschah dies nicht, um die Würde seines Berufes durch einen Vorzug zu ehren, als um seiner äußeren Unbehilflichkeit, die eine unvermeidliche Folge seines Berufes ist, und welche ihn gewissermaßen mit dem weiblichen Geschlechte in die Klasse der bürgerlich Unmündigen versetzt, die notwendige Schonung angedeihen zu lassen."

(Heiterkeit.)

Man hat also für die Professoren, für die privilegierte Dame Christina Albertina, etwas getan; man hat sie geschont. War Kiel damals eine Universitätsstadt?

So etwa zu der gleichen Zeit im Jahre 1790, in einer Zeit, wo nach einer Periode des Niedergangs ein neuer intellektueller Aufschwung der Universität begann, wußte ein Angehöriger des Lehrkörpers - ein Mediziner -, um das gute Benehmen der Studenten zu leben, drüben nach Kopenhagen zu vermelden:

Fremde, die hier nach Kiel kämen, machten übereinstimmend die Aussage - wörtlich -, "daß sie kaum merkten, daß in Kiel eine Akademie wäre". Das war damals als Lob gemeint, weil die Studenten hier nicht soviel randalierten und Händel suchten - so scheint es - wie in anderen Universitätsstädten. Man scheint also nicht sehr viel gemerkt zu haben damals. Aber das hätte ein halbes Jahrhundert später niemand mehr sagen können. Die Universität Kiel war der geistige Mittelpunkt der liberalen und nationalen Bewegung in Schleswig-Holstein. Die politische Konstellation war in der Zeit k der Erhebung der Katalysator eines nie vorher oder nachher so vollkommen gegebenen Einklangs zwischen der Universität und ihrer Lebensumgebung. Es ist ein Nachhall an jene Zeit, wenn Gert Seelig, Sohn eines Kieler Professors, in seinen Erinnerungen schreibt: "In meiner Kindheit war Kiel im wesentlichen - im wesentlichen - eine Universitätsstadt. Die Universität prägte das gesellschaftliche Stadtbild." Aber er fügte hinzu: Kiel sei keine Universitätsstadt der Studenten, sondern der Professoren gewesen. Man hörte eigentlich mehr, so fährt er fort, von berühmten Professoren, die keine Zuhörer hatten, als von solchen mit Studenten. In der Tat begegnet man in den Professorenbriefen in jener Zeit gelegentlich der uns geradezu wehmütig anrührenden Klage, daß die Zahl der ~~Studenten~~ Dozenten gegenüber den Studenten viel zu groß sei. Immer noch war die Universität mitten in der Stadt behaust. In der Zeit der Zarin Katharina war ein Universitätsgebäude in der Kattenstraße am Schloß errichtet worden als Ersatz für das längst verfallene Kieler Kloster. In der Preußenzeit entstand ein stattlicher Bau im Schloßgarten. 1876, als dies geschah, zählte die Universität 214 Studenten. Zur Jahrhundertwende waren es 1 000, heute 7 000.

Bei allem Wechsel der politischen Schicksale, von denen auch unsere Universität wie unsere Stadt in dem Jahrhundert seit der deutschen Einigungszeit bis heute ergriffen wurde, ist die Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in diesem Zeitraum dadurch bestimmt, daß die Wissenschaft sich zunehmend differenziert und spezialisiert und damit für den Nichtfachmann zunehmend in Methodik und Sprache unverständlich wird, während doch zugleich die Grundlage unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz zunehmend von Wissenschaft abhängig wird und unsere Welt sich verwissenschaftlicht. Diese Distanz und Nähe der modernen Wissenschaft zur heutigen Gesellschaft - und ich meine auch unserer Universität zu unserer Stadt - kommt, wie mir scheint, in der jetzigen räumlichen Lage der Universität zur Stadt treffend - fast symbolhaft - zum Ausdruck. Am Rande der Stadt - nicht in ihrer Mitte - baut sich der moderne Universitätskampus aus, mit sechs Fakultäten, zu denen ja vielleicht in einiger Zeit noch eine Siebente, Technische Fakultät hinzukommen mag, eine wissenschaftlich-pädagogische Provinz, die sich selbst verwaltet, die von der Sache her ihren eigenen Gesetzen folgt und doch auch ihre eigene Sprache - man muß besser sagen, in den Disziplinen ihre eigenen, verschiedenen Sprachen - redet. Distanz! Aber mitten in der Stadt, im neu erstandenen Schloß steht der große Saal der Universität als Aula zur Verfügung. Das heißt, die Universität tritt bisweilen aus ihrer Randlage heraus in die Mitte dieser Stadt, sei es, um die Öffentlichkeit teilnehmen zu lassen an ihren akademischen Feiern, sei es, um aus dem Bereich ihrer Forschungen Informationen zu vermitteln. Daß

dieses Informationsangebot bei den Bürgern dieser Stadt ein starkes Echo zu finden vermag, hat die Universität wiederholt erfahren, seit sich ihr mit dem Schloßneubau im vergangenen Jahre dieses Forum mitten im Herzen der Stadt erschlossen hat.

Nun würde aber alle Bereitschaft, Information zu geben und damit die Kommunikation zwischen Universität und Bürgerschaft herzustellen, nichts nutzen, wenn auf der anderen Seite nicht die Bereitschaft in der Bürgerschaft geweckt wäre anzuhören, was wohl die Universität zu sagen habe; das heißt, das Informationsangebot muß werbend, suggestiv sein. Es liegt daher auf der Hand, welche Bedeutung den Massenmedien für das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft heute zukommt und für das Verhältnis unserer Universität zu unserer Stadt. Es sei in diesem Augenblick und vor diesem Auditorium dankbar vermerkt, daß sich die Kieler Universität in dieser Sicht der Dinge mit der Kieler Presse eins weiß und daß sie sich auf deren vermittelnde Hilfe verlassen kann.

Im Leitthema der Kieler Woche ist also die Frage mit eingeschlossen, wie weit eine moderne Universität und eine moderne Großstadt miteinander in Kommunikation stehen können. Wir hoffen in den Vorträgen, in den Kolloquien, in den Gesprächen dieser Woche auf einige Klärung zum Nutzen beider.

Ich danke Ihnen.

(Es folgen, komponiert von Peter Ronnefeld, fünf Lieder im Herbst, Opus 3, dargeboten von Fraß Inger Paustian (Sopran).)

Stadtpräsident Köster:

Sehr verehrte Frau Ronnefeld! Verehrte Anwesende! Das Maß, das wir uns setzen für Weg und Ende unseres Seins, ist allemal ein menschliches. Die Formeln, die wir finden, sind menschlicher, sind irdischer Herkunft und darum unzulänglich und schwach. Als Peter Ronnefeld uns verließ - vielzu früh und so bitter einbezogen in den Prozeß des Vergehens -, da haben wir uns alle gefragt, wo denn hier ein Sinn zu finden sei. Allein, es ist uns keine Antwort geworden, vielleicht eine Ahnung davon, daß der Abschied zum Lauf alles Lebendigen gehört. Was der oft schmale Pfad des Glaubens oder die Kraft der Erinnerung uns geben, ist jedem ein zelnem übertragen. Eines bleibt für uns alle: die große, die faszinierende Leistung des für drei Jahrzehnte dieser Erde Geschenkten.

"Peter Ronnefeld", so heißt es in einem Nachruf von Otto Tomek, "vereinigte mühelos die Fähigkeiten eines Komponisten, eines ausgezeichneten Dirigenten und eines virtuosen Pianisten in sich. Er hätte sich in jeder der drei Sparten schon einen bedeutungsvollen Namen machen können."

Peter Ronnefelds Weg ist frei von jeder Sensation, er ist bestimmt von einem gradlinigen, kontinuierlichen Gang der Dinge, die da Musik heißen. Mit 15 Jahren bereits erregt er die Aufmerksamkeit seiner Lehrer. Die Berliner Rundfunksender verwahren heute noch Bandaufnahmen von Klavierkonzerten Mozarts und Beethovens, die Peter Ronnefeld damals mit dem Rias-Jugendorchester unter Willy Hanuschke, seinem ersten Berliner Lehrer und großen Förderer, gespielt hat.

Boris ~~Bla~~ Blacher hat damals die ersten Kompositionen des

jungen Komponisten betreut; Kammermusiken, Improvisationen für Orchester, ein Rondo für Orchester und eine Sinfonie sind die größeren Ergebnisse seiner schöpferischen Arbeit. Wenn wir heute dieses Leben überschauen, so werden wir gewahr, wie dicht die Stationen seiner Entwicklung aufeinander folgen, wie rasch sich bei ihm das vollzieht, was wir Dasein nennen.

1954 legte er die Reifeprüfung an der Berliner Musikhochschule ab und siedelt dann für ein Jahr nach Paris über. 1955 geht er nach Salzburg und übernimmt als Zwanzigjähriger eine Klasse für Musiktheorie und Klavier. Die Musik zu dem Ballett "Peter Schlemihl" ist das Ergebnis seines Pariser Aufenthalts. Der Komponist Peter Ronnefeld legt ein erstaunlich reifes Werk vor, das alle Merkmale einer fertigen Musikerpersönlichkeit aufweist.

1958 holt ihn Karajan als Assistenten an die Wiener Staatsoper. Das lang erhoffte Dirigentenpult ist ihm gewiß. Ronnefeld überzeugt die berühmten Wiener Philharmoniker. 1961 wird er nach Bonn als Musikdirektor berufen. Seine Oper "Die Ameise" vollendet er in der Rheinstadt. In diesem Jahr findet die Uraufführung statt. Das Entscheidende, das Wesentliche dieses Werkes ist damals nicht erkannt worden; erst die Kieler Aufführung hat es zutage gefördert.

Die folgenden Jahre erfahren wir Peter Ronnefeld als Dirigenten; dem rasch Bekanntgewordenen erwachsen Verpflichtungen für bedeutende Aufgaben. Nur die Ballettmusik "Spirale" wird noch geschrieben. Pläne für eine zweite Oper bleiben unvollendet. Die Zeit drängt den Rastlosen, als wüßte er um das Ziel.

1963 kommt er als Generalmusikdirektor nach Kiel. Nach den zahlreichen Opern, die er dirigiert hatte, wollte er sich nun auch in stärkerem Maße dem Konzert widmen. Die mit Bedacht und Gleichmaß geseigneten Schleswig-Holsteiner folgten dem souverän agierenden Dirigenten zunächst mit gespannter Aufmerksamkeit, mit der Neugier eines Entdeckers, um sich dann spontan und rückhaltlos zu ihrem Generalmusikdirektor zu beennen. Die Landeshauptstadt bewundert seine Leistung in Oper und - wie er es gewünscht hatte - Konzert. Unvergeßliche, unvergleichliche Aufführungen rücken das musikalische Leben unserer Stadt in den Mittelpunkt der kulturellen Ereignisse. Kiel wird durch ihn künstlerisch ausgewiesen. Auch der Rundfunk ruft ihn. Peter Ronnefeld dirigiert Mozart, Ravel, Puccini, Bizet, Kurt Weill, Hindemith ebenso überzeugend wie im Konzertzyklus "Musik der Zeit" avantgardistische Partituren der unmittelbaren Zeitgenossen.

Alles, was Peter Ronnefeld gestaltete, trug den Glanz des Zeitlosen. Wer ihm, wer seiner Kunst vertraute, wußte sich mit ihm verbunden. Und wer dem Menschen Peter Ronnefeld gegenüberstand, war beglückt von der unkomplizierten, offenen, rückhaltlosen Art, von dem Humor des geistvollen Zeitgenossen, von eben Peter Ronnefeld, der, als der neue Konzertsaal des Schlosses eingeweiht wurde, mit "Till Eulenspiegel" ein brillantes Feuerwerk überakustischer Streiche einem rasch begreifenden Publikum darbot und sich mit Beethovens Siebenter - wer wußte das damals[?] - von dieser Welt, von uns allen verabschiedete, um aus dem Zeitlichen ins Zeitlose zu wandern, um jene Wanderung anzutreten, die uns von ihm scheidet, aber niemals von ihm trennt.

"Jeder war mehr in seiner Gegenwart", sagte Otto Tomek in seiner Gedenkrede am 25. Oktober 1965 im Rundfunk. "Was er in seinem kurzen Leben vollbracht hat, läßt uns ahnen, was Peter Ronnefeld uns in der Zukunft noch alles hätte schenken können."

In dankbarer Würdigung hat die Ratsversammlung auf Vorschlag des Kultursenats beschlossen, den Kulturpreis der Stadt Kiel in diesem Jahr an Peter Ronnefeld zu vergeben.

Der Text der Urkunde lautet:

Die Stadt Kiel verleiht durch ihre gewählte Vertretung dem verstorbenen Generalmusikdirektor Peter Ronnefeld nachträglich den Kulturpreis des Jahres 1966.

Sie ehrt damit einen Musiker von hohem Rang, der als eine der stärksten Dirigentenbegabungen der jungen Generation den von ihm geleiteten Aufführungen in Oper und Konzert ein überragendes künstlerisches Niveau gegeben hat. Das Musikleben unserer Landeshauptstadt verdankt ihm entscheidende Impulse. Diese Ehrung gilt gleichermaßen dem Komponisten Peter Ronnefeld, dessen zukunftsweisendes Werk zu großen Hoffnungen berechtigte."

Ich überreiche Ihnen, sehr verehrte Frau Ronnefeld, Urkunde und Preis in dem Wissen, daß Sie das Werk Ihres unvergessenen Mannes pflegen und der Nachwelt erhalten.

Nehmen Sie dieses Dokument als den Willen der Kieler Bürger und ihrer Vertretung, Peter Ronnefeld zu danken.

(Es folgt, komponiert von Peter Ronnefeld, die
3. Sonate für Violine und Klavier, dargeboten von
Herrn Lothar Ritterhoff (Violine) und Herrn
Aribert Reimann (Klavier).)

Stadtrat Dr. Karl vom Rath, Frankfurt a.M.:

Hohe Ratsversammlung!

Meine sehr verehrten Damen!

Meine Herren!

Bildung - was ist das? Die scharfe Frage des Luther'schen Katechismus, die ja die kleine Tony Buddenbrook schon so verwirrte, scheint angezeigt gegenüber einem Begriff, der "ein heute sehr gangbarer Ausdruck" ist. Diese Formulierung stammt nicht von mir; sie findet sich - 1860 - in Grimms Deutschem Wörterbuch. Und wenn wir wenige Zeilen später bei Grimm lesen, daß Bildung ursprünglich imago bedeutet, so könnte man meinen, der einzige Fortschritt in der Begriffsbestimmung der letzten hundert Jahre sei die Verwandlung des Schluß-o des lateinischen Wortes in das Schluß-e des englisch-amerikanischen image.

Bonmots der Art, daß Bildung das sei, was übrig bleibe, wenn man alles Erlernte vergessen habe; Wahlsprüche wie der des Buchhändlers Joseph Meyer, des Begründers von Meyers Konversationslexikon; Bildung macht frei! zeigen deutlicher, wie wenig Vorstellungen des 19. Jahrhunderts uns heute weiterhelfen. Und wenn der "Neue Brockhaus" noch 1958 definiert, Bildung sei - ich zitiere - "der Vorgang geistiger Formung, auch die innere Gestalt, zu der der Mensch gelangen kann, wenn er seine Anlagen an den geistigen Gehalten seiner Lebenswelt entwickelt", so braucht man sich über nichts zu wundern. 1964, im Nachtragsband, bekennt sich Brockhaus dann allerdings zu Theodor Litt: Bildung sei jene Verfassung des Menschen,

die ihn in den Stand setzt, sowohl sich selbst als auch seine Beziehungen zur Welt in Ordnung zu bringen. - Das klingt schon anders. Trotzdem hat das Horchen in die Vergangenheit, das Befragen gängiger Nachschlagewerke eigentlich nur deutlich gemacht, was Bildung für uns heute nicht ist.

Versuchen wir es deshalb mit der Gegenfrage: Bildung, was ist das nicht? Bildung ist nicht gleich Wissen. Wissen - nebenbei gesagt - ist nicht gleich Macht, nicht mehr, längst nicht mehr. Bildung ist nicht: Ansammeln von Informationen im Gehirn. In Nachschlagewerken, in Büchern, in Computern, in Karteien, Katalogen, Lochkarten, auf Magnetbändern sind Informationen besser, genauer, zuverlässiger aufgehoben und mit geringeren Fehlerquellen abzurufen. Bildung ist vielmehr die Fähigkeit, mit Informationen richtig umzugehen, sie auszuwählen, sie zu verarbeiten, etwas aus ihnen zu machen: ein Ganzes etwa, das mehr ist als die Summe der Informations-Teile. Bildung ist das Beherrschen von Methoden, die es uns ermöglichen, mit uns selbst und der Welt fertig zu werden, um den Gedankengang Theodor Litts aufzugreifen. Hellmut Becker hat es kürzlich so formuliert: "Der Mensch wird gebildet, um sich zwischen Menschen und Dingen zurechtzufinden, um die durch die ständige Verwandlung der Welt immer neu auf ihn zukommenden Aufgaben zu bewältigen."

Ohne bestimmte Bildungs-Minima ist der Mensch nicht existenzfähig. Das wußte man schon immer, aber erst im 17. Jahrhundert hat man bei uns die Schulpflicht eingeführt, die vom Staat den Staatsbürgern auferlegte Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Kinder ein bestimmtes Maß an Bildung erhalten. Die Schulpflicht

kann bekanntlich mit allen staatlichen Mitteln erzwungen werden. Damit sind wir beim Bildungszwang, dem ersten Thema meines Vortrages; und wenn ich hinzufüge, daß es in Deutschland auch einen gesetzlich verankerten Schulzwang gibt, so werden viele von Ihnen nicht wissen, daß dies eine Erfindung unseres Jahrhunderts ist. Ich spreche vom Grundschulgesetz des Jahres 1920, das die Kinder nicht nur zwingt, überhaupt eine Schule zu besuchen, sondern eine ganz bestimmte.

Erstaunliche Erkenntnisse der jungen Weimarer Demokratie, einen Bildungszwang durch den Gesetzgeber einzuführen. Er ist nur durch zwei Gesichtspunkte zu rechtfertigen: das bereits erwähnte Bildungs-Minimum als absolute Notwendigkeit zur Existenzerhaltung; zum anderen der Glaube, daß eben dieses Bildungs-Minimum ausreiche, die Existenz des Menschen vom Verlassen der Schule bis zu seinem Tode sicherzustellen. Man kann einen Bildungszwang mit einem genau festgelegten Bildungsstoff und einer ebenso genau festgelegten Bildungszeit oder Schulzeit nur dann verantworten, wenn man glaubt, damit den Menschen ausreichend für sein ganzes Leben präpariert zu haben. Ähnliches ist ja dann auch bis zum heutigen Tage in allen Schulentlassungsfeiern zu hören.

Ich will den Gesetzgebern des Jahres 1920 diesen Glauben zugestehen. Ihn heute noch zu haben, ist eine Torheit. Jeder weiß oder sollte es wissen, daß der Schüler, der Schulzwang und Schulpflicht mit einigem Anstand hinter sich gebracht hat, in keiner Weise hinreichend für das Leben ausgerüstet ist.

Seine Bildung reicht, unter den heutigen Aspekten, vielleicht fünf bis zehn Jahre. Schlimmer noch: Das, was für die

nicht für eine Education permanente geschaffen; ihre Struktur

Schulbildung gilt, macht sich in verstärktem Maße bei der Berufsausbildung bemerkbar. „Nur 63 Prozent aller Berufstätigen üben gegenwärtig eine Tätigkeit aus, die ihrer ursprünglich erworbenen Ausbildung entspricht“, so meldete kürzlich die „Zeit“. Mehr als ein Drittel aller Arbeitskräfte mußte demnach den Beruf wechseln, da er ihnen keine ausreichenden Chancen mehr bot.“ Nun, noch kommen diese Berufspendler offensichtlich in anderen Berufen unter. Wie lange noch? Ein Ingenieur muß schon heutzutage sein berufliches Wissen alle fünf Jahre nahezu vollständig erneuern; dieses Tempo wird sich steigern, es wird auf die Facharbeiter übergreifen; der „ungerlernte“ oder nur wenig angelernte Arbeiter oder Angestellte stirbt aus, er kann mit dem wenigen, das er weiß, kann, gelernt hat, sein Leben nicht mehr bestreiten. Schulpflicht und Schulzwang in der augenblicklich praktizierten Form reichen nicht aus, die Existenz des Menschen zu sichern, die Berufsausbildung tut es ebensowenig, weder bei den Facharbeitern, noch bei Handwerkern, Ingenieuren - noch weniger natürlich bei Ärzten, Pädagogen, Universitätsprofessoren oder Oberbürgermeistern.

Also Ausdehnung der Schulpflicht, des Schulzwangs, der Berufsausbildung auf die ganze Lebenszeit? Durch staatliche Gesetze, mit staatlichen Zwangsmaßnahmen? Ein Alptraum. Sie haben, Herr Ministerpräsident, eben mit Recht auch darauf hingewiesen. So geht es nicht. Oder besser gesagt: Mit unseren derzeitigen staatlichen und berufsbildenden Erziehungssystemen geht es nicht. Man kann ihnen keinen Vorwurf machen: sie sind nicht für eine *éducation permanente* geschaffen; ihre Struktur

ihre Struktur widersetzt sich entschieden Neukonzeptionen grundsätzlicher Art; evolutionär können sie bestimmte Entwicklungen bedächtig nachvollziehen, mehr aber auch nicht.

Man muß sich anderes ausdenken.

Wenn man unsere geschlossenen konservativen Bildungssysteme öffnen würde, kommt man sehr rasch an einen Punkt, bei dem Pflicht und Zwang unmöglich und sinnlos werden. Die Daseinsvorsorge des Staates hat ihre Grenzen, muß sie haben. Aber ist der Staat mit seinen Machtmitteln der einzige, der einen Zwang ausüben kann oder ausüben soll? Daß im ganzen gesehen die Tendenz dahin geht, dem Staat immer mehr Aufgaben der Daseinsvorsorge aufzubürden, ist eine oft beklagte, zur Zeit aber offensichtlich noch nicht zu ändernde Tatsache. Auf bestimmten Gebieten beginnen sich Wendungen abzuzeichnen: durch die Diktatur der leeren Kassen etwa müssen Subventionen abgebaut werden, die ja nichts anderes sind als Daseinsvorsorge für bestimmte Minderheiten. Auch dies ist ein "von außen" kommender Zwang.

Ähnliche Zwänge sind im Berufsleben zu beobachten. Sie werden sich gewaltig verstärken. Der Buchhalter, die Bankangestellte, angelernte und Facharbeiter müssen in steigendem Maße der Maschine, dem Computer weichen. "Umschulen" heißt ja dann, eine neue Berufsausbildung hinter sich zu bringen. Reicht aber in einem solchen Fall die Allgemeinbildung, die das geschlossene Bildungssystem der Schule irgendwann in der Jugend vermittelte, aus, um die menschlichen, sozialen, gesellschaftlichen Probleme zu meistern, die damit verbunden sind? Sind unsere ganzen Erziehungs- und Bildungssysteme überhaupt auf das Phänomen einer

"permanenten Umschulung" eingerichtet? Sie sind es nicht. Sie sind auf statische Berufsbilder eingestellt, die schon jetzt nicht mehr praktikabel sind und es in beängstigendem Tempo immer weniger werden. Sicher, es gibt Fortbildungs- und Aufbau-kurse - recht zufällig meist, sehr wenig systematisch. Mit diesen spärlichen Ansätzen ist die Zukunft nicht zu bewältigen.

Bildung als Luxus - mein zweites Thema. Es scheint unsinnig oder die berühmten offenen Türen einzurennen. In der öffentlichen, in der politischen Diskussion hat sich die Bildung durchgesetzt, niemand ist dagegen, jeder dafür. Alle Bildungsreserven müssen mobilisiert werden. Wie sieht es in der Praxis aus? Der junge Mensch möchte baldmöglichst viel Geld verdienen. Das sollte man weder verteufeln noch verketzern, es ist normal, realistisch, lebensnah, wie man das heute so schön nennt, und außerdem gehen wir Ältere ja mit gutem Beispiel voran. Aber auch die Eltern wollen ihre Kinder möglichst bald vom Halse haben, finanziell, versteht sich. Hinzu kommt, daß Bildung nicht nur Zeit und Geld kostet, sondern mit merkwürdigen Vorurteilen behaftet ist. Auch heute noch ist in der populären Meinung Bildung etwas für die Eliten, für die anderen also, für die feinen Leute, und Eliten sind nun einmal verdächtig, unerwünscht, gefährlich. Alle Bemühungen der Arbeiterbildungsvereine, der Volksbildung, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, alle Schul- und Studiengeld-freiheiten, alle Stipendien und auch das Honnefer Modell haben dieses zähe Vorurteil nicht beseitigen können. Die Aufklärung war zwar nicht umsonst, aber auch nicht so erfolgreich, wie

man gehofft hatte, und wie sie sein müsste. Reine Aufklärung aber, das wissen wir ja, hat ihre Grenzen. Man muß sich lebensnähere, realistischere Denk- und Realitätsmodelle einfallen lassen: von der Hebung des Sozialprestiges, für die noch sehr viel getan werden könnte, bis zur nackten Berechnung, daß Bildungsaufwendungen - zeitlich und finanziell - auch für den einzelnen rentierliche Investitionen sind, ist da ein weites Feld. Das "Zeitalter der zweiten Aufklärung" arbeitet fast immer noch mit den Methoden des ersten.

Bildung also als Notwendigkeit. Auch dieses Thema Nummer 3 beginnt mit Fragen. Können, sollen wir wirklich unsere Bildungssysteme, die Schulen, Fachschulen, Berufsschulen, Hochschulen im Sinne einer *éducation permanente* öffnen? Die Frage stellen heißt, sich darüber klar zu sein, daß damit ihre Struktur von Grund auf geändert werden müßte. Das halte ich weder für möglich, noch für erwünscht. In seinem neuesten Gutachten regt der Wissenschaftsrat "ein Kontaktstudium" an - ich zitiere - "für die im Beruf stehenden Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen, das die Möglichkeit bietet, die wissenschaftliche Ausbildung in gemessenen Abständen aufzufrischen und auf dem laufenden zu halten." Der Wissenschaftsrat fügt dann allerdings hinzu: "Einrichtungen, die dafür geeignet wären, bestehen an den Hochschulen nicht." Das ist aber nur die eine Seite. Die "im Beruf stehenden Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen" brauchen für dieses Kontaktstudium Zeit und Geld. Wer gibt ihnen die notwendige Zeit, das heißt den erforderlichen Urlaub? Wer zahlt ihnen ihr Gehalt weiter, wer ersetzt den Freiberuflichen den Ausfall? Zu diesen Problemen

gibt es bei uns noch nicht einmal Denkmodelle, geschweige denn Ansätze zu praktikablen Lösungen.

Die Frage stellt sich aber selbstverständlich nicht nur für den "Hochschulabsolventen", für Akademiker also, sondern in steigendem Maße für alle Berufe. In Konsequenz dieser Erkenntnis fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Grundsatz- wie in seinem Aktionsprogramm einen Bildungsurlaub, der tarifvertraglich verankert werden soll. Man kann in diesen Bestrebungen nur eine weitere Arbeitszeitverkürzung sehen und meinen, angesichts der vor den Toren stehenden Vierzig-Stunden-Woche hätte der Arbeitnehmer Zeit genug, sich in seiner Freizeit weiterzubilden. Diese Auffassung wäre jedoch sehr kurzsichtig. Wer aber soll sich dieses Bildungsurlaubs annehmen? Wer soll ihn bezahlen? Der Betrieb? Die Gewerkschaft? Der Staat? Mit oder ohne Gesetze, mit oder ohne Bildungspflicht und Bildungszwang? Wer soll wen bilden? Wo und wann? Und schließlich: wozu? Ich meine: zu welchem Bildungsziel hin? Und wo sind die Lehrer, die Dozenten, wo die Bildungsstätten, die man ja auch braucht? Die theoretische und praktische Antwort auf diese Fragen wird weitestgehend unsere Zukunft bestimmen.

Daß Bildungsprobleme heute den Rang der sozialen Frage im 19. Jahrhundert haben, daß sie der Landesverteidigung mindestens gleichzusetzen sind, diese Erkenntnis hat sich in der öffentlichen, besonders in der politischen Diskussion durchgesetzt. Mit der üblichen Konsequenz "Mehr Geld für die Bildung" ist es jedoch nicht getan. Die Tatsache, daß nach Artikel 7 unseres Grundgesetzes das gesamte Schulwesen unter der Auf-

sicht des Staates steht, darf nicht dazu verleiten, dem Staat eine Art "Bildungshoheit" zuzuerkennen, obwohl manche das gerne möchten. Es würde in letzter Konsequenz zu einer "Verschulung" des ganzen Volkes - von der Wiege bis zur Bahre - führen, einer der Alpträume, die einen bei der Beschäftigung mit Bildungsproblemen heimsuchen. Vom Standpunkt unserer augenblicklichen Situation gibt es kein einheitliches und schon gar kein einfaches Rezept. Der Vielschichtigkeit des Problems stehen Fragen, Erkenntnisse, Ansätze der verschiedensten Art gegenüber. Mit einigen dieser Fragen und Erkenntnisse haben wir uns beschäftigt. Es bleiben die Ansätze.

Hellmut Becker vor allem hat darauf hingewiesen, daß praktisch jede Tätigkeit der Massenmedien Bildungscharakter hat. Jeder Zeitungsartikel, jede Hörfunk- und Fernsehsendung vermittelt Informationen, selbstverständlich sehr verschiedenartiger Art, und zwingt den Menschen schon durch die Quantität des auf ihn Eindringenden zu einer Auswahl dessen, was er apperzipieren will und kann. Die Tatsache, daß wir fast pausenlos einem amorphen Informationsbeschuß ausgesetzt sind, ist eine der entscheidenden Charakteristika unserer Zeit. Die Frage der Auswahl und die Frage wie die ausgewählten und apperzipierten Informationen vom Individuum verwertet, benutzt, miteinander verknüpft werden, was er mit ihnen anfängt, wie sie auf ihn wirken, wie sie ihn verändern, vor allem das sind die Grundfragen der Bildungsproblematik unserer Gegenwart. Daß Hörfunk und Fernsehen dahei in steigendem Maße dominieren, hängt mit ihren technischen Besonderheiten zusammen. Bei Eurovisionssendungen zum Beispiel werden schon heute nicht nur einer ganzen Nation, sondern einem halben Erdteil genau die gleichen Informationen in genau der gleichen Form zu genau

der gleichen Zeit übermittelt; eine Ausdehnung dieser Möglichkeit auf alle Fernsehsender der Welt dürfte technisch keine Schwierigkeiten machen, höchstens politisch - genauso wie man heute bereits von jedem Telephonapparat der Welt jeden anderen Anschluß technisch erreichen kann. Welche positiven und negativen Möglichkeiten ein Kommunikationssystem bietet, das in absehbarer Zeit praktisch jeden Menschen unserer Welt gleichzeitig zu "erfassen" in der Lage ist - das kann sich jeder leicht selbst ausdenken.

Von einem Bildungsvorgang im engeren Sinne können wir erst da reden, wo nicht nur Informationen übermittelt, sondern auch Anleitungen gegeben werden, wie man mit ihnen umgeht. Bei unseren klassischen Bildungsmethoden sind Informationsvermittlung und Anleitung, wie man sich diese Informationen zunutze macht, eng miteinander verzahnt. Das muß nicht unbedingt so sein, wie die für die Massenmedien Presse, Hörfunk, Fernsehen charakteristische Trennung zwischen Nachricht und Kommentar beweist. Aber auch sonst können die technischen Möglichkeiten der Massenmedien die klassischen Methoden der Bildungsvermittlung auflockern und erweitern. Ein zentrales Ereignis der Hochschulbildung ist die "große Vorlesung". Schon heute muß sie manchmal in Nebenhörsäle übertragen werden, da sonst der Platz nicht reicht. Die Überlegung, überhaupt auf die Originalveranstaltung zu verzichten und sich gleich der Kommunikationsmittel Hörfunk oder Fernsehen zu bedienen, hat noch etwas Erschreckendes. Das Fehlen des unmittelbar-menschlichen Kontaktes zum Dozenten, die Aura des Auditoriums sind Werte, die durch Massenmedien weder vermittelt

noch ersetzt werden können. Im Grunde ist jedoch das Buch, das gedruckte gegenüber dem gesprochenen oder handgeschriebenen Wort, der erste Ansatz zu einer Abstraktion und Enthumanisierung der Bildungsvermittlung. Hörfunk und Fernsehen sind nichts anderes als eine gradlinig-konsequente Weiterentwicklung des zunehmenden Verlustes des unmittelbar-menschlichen Kontaktes zwischen Lehrer und Schüler. Man mag diese Entwicklung bedauern; aufzuhalten ist sie nicht, und es ist sicherlich besser, rechtzeitig die richtigen Methoden zu entwickeln, um mit diesem Problem fertigzuwerden, als zu jammern und zu klagen und die Dinge schließlich dem Zufall oder unqualifizierten Kräften zu überlassen.

Für den Bereich der Universität ist der Hessische Rundfunk dabei, mit seinem kürzlich begonnenen Funkkolleg Pionierarbeit zu leisten. Charakteristisch ist die Mischform zwischen alten und neuen Bildungs-Vermittlungsmethoden. Die "große Vorlesung" und das "Seminar" finden im Hörfunk statt; schriftliches Arbeitsmaterial wird dem Hörer von der Funkanstalt zugeschickt; ein Abschlußkolloquium in traditioneller Form, also Lehrer und Schüler in einem Wochenendseminar in einer der Hessischen Heimvolkshochschulen, gibt die Möglichkeit, bestimmte Prüfungen abzulegen; etwa das Begabtenabitur oder eine Zusatzfakultas für Pädagogen. Es handelt sich hier also nicht um einen neuen zweiten oder dritten Bildungsweg, sondern um die systematische Einbeziehung eines modernen Massenkommunikationsmittels, des Hörfunks nämlich, in die Bildungs-Vermittlungsmethoden der Universität. Folgerichtig liegt die Planung und Federführung

In Deutschland sind vor allem das dritte Fernsehprogramm des Bayerischen Rundfunks, das übrigens von dem erwähnten schwedischen

des Funkkollegs auch bei der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt, nicht beim Hessischen Rundfunk. Ähnliche Ansätze und Überlegungen finden wir besonders auch bei den skandinavischen Rundfunkanstalten. Die rein praktischen Schwierigkeiten sind dort oft größer als bei uns. So beträgt die durchschnittliche tägliche Sendezeit - ohne die Wiederholungssendungen - des dänischen Fernsehens weniger als vier Stunden am Tage, in Norwegen nur etwa zwei Stunden. Andererseits ist die "Hörer-dichte" erstaunlich groß, in Dänemark etwa hat praktisch jeder Haushalt ein Hörfunk-Gerät, $\frac{3}{4}$ aller Haushalte besitzen Fernsehen. Der dänische Kultusminister, der für den Rundfunk in seinem Lande verantwortlich ist, hat kürzlich in einer Rede das Staatsmonopol als die freieste Verwaltungsform bezeichnet, die man in der ganzen Welt dem Hörfunk und dem Fernsehen zu geben versucht hat, ein Satz, der gerade uns viel zu denken geben sollte. Zwischen einem Staatsmonopol in Deutschland und in Dänemark gibt es offensichtlich nicht nur graduelle Unterschiede. Schweden hingegen hat das Bildungsfernsehen bisher am konsequentesten ausgebaut. Es besteht dort bereits seit 1960 ein besonderes Komitee für diese Fragen, das aber nicht etwa nur die "Grundsatzprobleme", die "methodischen Ansätze" theoretisch diskutiert, wie wir das so gern tun, sondern pragmatisch den Stier bei den Hörnern packt - wenn Sie mir dieses kühne Bild gestatten! Finnland und Norwegen beobachten diese Versuche sowie die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten und in England sehr sorgfältig, wobei bisher verschiedene Sprachkurse am meisten Anklang fanden.

In Deutschland sind vor allem das dritte Fernsehprogramm des Bayerischen Rundfunks, das übrigens von dem erwähnten schwedischen

Komitee, als vorbildlich angesehen wird, und das dritte Hörfunkprogramm des Norddeutschen Rundfunks zu nennen. In diesen Sendungen ist man - im Gegensatz zum Hessischen Funkkolleg - nicht auf Prüfungen, Abschlußzeugnisse, Zertifikate aus, sondern auf "Erweiterung des Horizonts, auf Lebenshilfe, auf Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten - Volkshochschularbeit also mit anderen Mitteln und Medien. Daß die Volkshochschule selbst in teilweise revolutionären Veränderungen begriffen ist, wird dabei immer deutlicher. Mit ihrem ursprünglichen Namen, ja, mit ihrer ursprünglichen Zielsetzung, hat sie kaum noch etwas zu tun. Volkshochschule - was ist das? Volk, das ist heute für uns so eine historische Mischung aus Suppenküche und "Volk ans Gewehr" - aber eine Hochschule ist die Volkshochschule sicherlich auch nicht - von einer Schule ganz zu schweigen. Volkshochschule heute ist eine Einrichtung der *éducation permanente*, im Zusammenhang und in Zusammenarbeit mit den Massenmedien Hörfunk und Fernsehen wahrscheinlich die wichtigste.

Die neue Zielsetzung bedingt neue Methoden und neue Begriffe, die noch nicht gefunden sind - die Diskussion ist aber lebhaft im Gange. Mit Recht wenden sich die Volkshochschulen gegen die Zumutung, so etwas wie einen dritten Bildungsweg darzustellen oder einzurichten - zu Recht deshalb, weil niemand bei uns definieren kann, was denn der erste und was der zweite Bildungsweg eigentlich ist. Da es nämlich zahlreiche erste und noch zahlreichere zweite Bildungswege gibt, ist die Nummerierung mehr als problematisch. Wenn man von Bildungswegen innerhalb und ausserhalb der geschlossenen staatlichen Bildungssysteme spricht, wird die Sache etwas klarer, aber nur etwas; denn längst durchdringen sich, auch in der Gesetzgebung, staatliche, außerstaatliche und private Prinzipien.

So wollen die Volkshochschulen, wie in einer Diskussion in der letzten Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetags in Köln deutlich wurde, neben ihren bisherigen Aufgaben vorwiegend Zubringerdienste zu den vorhandenen oder im Entstehen begriffenen Systemen des sogenannten ersten und zweiten Bildungsweges leisten - eine wichtige, eine zentrale Aufgabe, zum Beispiel um die Bildungsreserven an die Bildungssysteme heranzuführen.

Volkshochschulen - Kulturausschuß des Deutschen Städtetages:
Ich bin bei der Bildungsarbeit der Gemeinden, der deutschen Städte. Sie wird meistens, wenn schon nicht übersehen, so doch zu gering eingeschätzt. Alle Welt spricht von der Kulturhoheit der Länder, einem mehr als dubiosen Wort - was heißt hier Kultur? Was heißt hier vor allem Hoheit? - ein Begriff, der übrigens im Grundgesetz nicht vorkommt, obwohl immer und ständig das Gegenteil behauptet wird. Volkshochschulen werden im wesentlichen von den Gemeinden und Städten unterhalten. Daß sie bei dem mit Macht auf uns zukommenden Zwang zur *éducation permanente* eine zentrale Rolle spielen, liegt in der Natur der Dinge und ist auch von ihnen erkannt. Das Prinzip der Freiwilligkeit, des Verzichtes auf Prüfungen, Diplome, Zertifikate, die Freiheit von Staatsaufsicht - wie weit diese Grundsätze der klassischen Erwachsenenbildung in der *éducation permanente* bewahrt werden können - , diese Frage kann im Augenblick noch niemand beantworten. Soviel Freiheit wie möglich, nur soviel Zwang wie notwendig - dieses Prinzip hat wohl immer allen modernen Erziehungssystemen zugrunde gelegen. Man sollte sich in der Diskussion diesen Satz stets vor Augen halten. Daß Zwang, Regeln, Gesetze immer leichter herzustellen und "durchzuführen" sind als Appelle an

Freiwilligkeit und Einsicht, wer wollte daran zweifeln? Das Abwägen der Güter Freiheit und Zwang, das bei der Einführung der gesetzlichen Schulpflicht, dann beim Grundschulgesetz 1920 zugunsten des Zwangs entschieden wurde - wie wird es bei der *éducation permanente* aussehen?

Bildungsarbeit der Gemeinden und Städte: Es wäre von den Museen zu sprechen, die etwas Sichtbares sichtbar machen - ein höchst wichtiger Bildungsauftrag in einer Zeit, die ganz entschieden die visuelle Kommunikation allen anderen Kommunikationsmöglichkeiten vorzieht. Von den Bibliotheken wäre zu reden, Einrichtungen, die schon seit langem mit massenmedialen Mitteln Volksbildung betreiben. Und die Theater, deren vielbeschworene Krise eine Finanzkrise ihrer Rechtsträger, also der deutschen Städte und Länder, ist, nicht aber eine Krise der Theater. Wo haben die deutschen Theater im System der geschlossenen und der offenen, der Zwangs- und der freiwilligen Bildungssysteme ihren Platz?

Auch hier möchte ich die Anfangsfrage stellen: Theater - was ist das? Dient es noch "dem Vergnügen der Einwohner", wie über dem alten Potsdamer Theater stand? Oder dem "Wahren, Schönen, Guten", wie man auf der Ruine des Frankfurter Opernhauses lesen kann? Schillers moralische Anstalt und der antike Ort der Katharsis, sind sie für uns noch vorhanden?

Daß die Theater auch Bildungsaufgaben haben, daß sie diese Aufgaben erkennen und wahrnehmen, ist sicherlich nicht zu bestreiten. In der breiten Skala von Unterhaltung bis snob-appeal ist bei deutschen Theatern der Bildung im weitesten Sinne ein breiter Raum gegeben, die dann in Programmheften, Einführungsmatineen, Diskussionsabenden der Volksbühne und ähnlichen

Veranstaltungen ausgesprochen didaktischen Charakter annimmt. Das in dieser Form betriebene deutsche Staats- und Stadttheater ist aber geradezu ein exemplarisches Modell für ein Bildungssystem ohne jeden Zwang oder Pflicht. Es funktioniert ohne gesetzliche Grundlage - fast ein Wunder in unserer verwalteten Welt. Es gibt weder ein Berufsbild für Intendanten noch für Regisseure, Schauspieler, Generalmusikdirektoren, und es gibt auch keinen Musterspielplan für Stadttheater in Städten mit der statistischen Größenordnung von 100 000 bis 250 000 Einwohnern; in einer Welt, die immer stärker zu Zwang und Pflicht auf allen Gebieten neigt, hat es sich Freiheiten bewahrt, die vielleicht nur noch mit der akademischen Freiheit verglichen werden können. Die ihrerseits gerade von allen Seiten beschnitten wird. Das Theater aber funktioniert doch. Warum?

Weil es attraktiv ist. In dem bildungspolitischen Kräftefeld zwischen Pflicht, Zwang und Freiwilligkeit hat es die Freiwilligkeit - und damit letztlich die Freiheit - am schwersten. Je attraktiver, je faszinierender wir die *éducation permanente* gestalten, desto mehr Freiheiten können wir ihr erhalten. Und hier kann man nicht nur beim Theater viel lernen, das ja auch irgendwie ein Massenmedium im Kleinen ist, sondern bei den eigentlichen Massenmedien selbst.

Es ist völlig unerfindlich, warum Bildung trocken, langweilig, unattraktiv, schwer verständlich sein muß. Daß sie es meist ist, liegt nicht an der Bildung, nicht am Bildungsstoff, sondern an den didaktischen Methoden, mit denen er präsentiert wird. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Wissenschaft sich weitgehend damit beschäftigt, Kompliziertes noch komplizierter zu machen. Erfreulicherweise werden in allen Bildungs- und Erziehungssystemen gegenläufige Tendenzen sichtbar. Daß kein Inhalt durch eine

attraktive Aufmachung an Wert, an Substanz, an Bedeutung verlieren muß, dafür liefern uns die Massenmedien überzeugende Beweise. Da wir aber doch mit den Massenmedien leben müssen, auch wenn sich manche noch den Snobismus leisten, das Fernsehgerät aus ihrer Wohnung zu verbannen, dann sollten wir sie auch in steigendem Maße mit der Aufgabe betrauen, die als eine der wichtigsten sich immer deutlicher abzuzeichnen beginnt: mit der *éducation permanente*.

Es ist nicht zu bestreiten, daß bei meinen bisherigen Ausführungen ein deutlicher Akzent auf dem lag, was man gemeinhin als Ausbildung bezeichnet. Der alte Gegensatz zwischen \S Ausbildung und Bildung ist, zumindest in der öffentlichen Diskussion, beseitigt. Wir sehen Bildung und alle Bildungsprobleme als Einheit, fast möchte ich sagen, als unteilbare Einheit, unteilbar wie das Recht. Daß die neueren Bildungsdefinitionen, daß das *moderne* Bildungsimago weitgehend pragmatische Züge trägt, daß es vorwiegend rational bestimmt und ausgerichtet ist, kann man nicht leugnen. Ob vielleicht gegenüber den idealistischen Bildungskonzeptionen des 19. Jahrhunderts das Pendel ein wenig zu weit in der anderen Richtung ausschlug, ist zumindest eine Frage. Man braucht aber nur das Wort Gewissen in die Diskussion zu werfen und die Frage nach der Gewissensbildung zu stellen, um zu erkennen, daß es mit ratio und Pragmatismus allein nicht getan ist. Und wie steht es mit der religiösen Bildung? Wenn man den Artikel 7 des Grundgesetzes liest, meint man, es sei dort in wenigen Sätzen alles erschöpfend geregelt.

Und doch hat die Frage des Schulgebotes die hessische Öffentlichkeit monatelang lebhaft beschäftigt, und weder die Gerichte noch der Hessische Landtag noch das hessische Kultusministerium

sind zu allseits befriedigenden Lösungen gekommen. Wie steht es mit dem - nach den Schulen - umfangreichstem staatlichen Bildungssystem, der Bundeswehr? Ich nenne aus dem großen Fragenkatalog nur wenige Beispiele, um den Umfang des Problems anzudeuten. Denn letztlich kann alle Erziehung, alle Bildung nur dann sinnvoll sein, wenn es einige Leitbilder, einige Leitbegriffe gibt, die für alle Bildungssysteme verbindlich sind. Die Bildung eines jungen Mannes beispielweise muß zwangsläufig scheitern, wenn die Erziehungsleitbilder des Elternhauses, der Kirche, der Schule, der Berufsausbildung, der Bundeswehr und der éducation permanente einander widersprechen.

In unserer säkularisierten Zeit erhofft man sich eine Koordination der Bildungs- und Erziehungsleitbilder auf höchster Ebene von der politischen Bildung. Ob sie diese Aufgabe überhaupt leisten kann, ist eine große Frage. Daß sie sie zur Zeit nicht leistet, und auch niemand anderes, ist kaum zu bezweifeln. Aber auch hier gibt es zumindest Ansätze.

Politische Bildung wird nämlich in allen Erziehungssystemen betrieben, in den Schulen und in den Hochschulen, in den Volkshochschulen, in den Massenmedien. Die Fülle und Spannweite dessen, was da geschieht, ist wohl von niemandem zu überblicken; die Zielrichtungen sind höchst unterschiedlich, die Methoden variieren vom schlichten "Suchen der Wahrheit" und "Erkennen der Zusammenhänge" über die mit Lust, Liebe und Sachverstand betriebene Manipulation bis zur Demagogie. Daß die Politik in unserer Zeit eine zentrale Lebensmacht, ja, die zentrale Lebensmacht schlechthin ist - wer wollte es bestreiten? Um so wichtiger scheint es mir, hier zu überzeugenderen Leitbildern zu kommen, die zugleich eine stärkere

Verbindlichkeit haben müßten. Eine Bestandsaufnahme und bessere Koordinierung des Vorhandenen wäre ein wichtiger Schritt auf diesem Wege.

Mit Zwang, mit Pflicht, mit Gesetzen ist hier gar nichts auszurichten. Es gilt, die Attraktivität der politischen Leitbilder so zu steigern, daß sich niemand ihrer Faszination entziehen kann. Das ist sicherlich ein letztlich erreichbares Ziel. Oder darf ich den altmodischen Begriff Ideal verwenden? Es kann aber sehr viel getan werden, um diesem Ziel sehr viel näher zu kommen, als wir es heute sind. Gerade den Massenmedien fällt hier eine entscheidende Aufgabe zu.

Die sich ständig und im Tempo zusehends rascher verändernde Welt verändert auch unsere Erziehungs- und Bildungssysteme mit Macht. Man muß deshalb nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft ins Auge fassen, wobei im allgemeinen die nächsten zwanzig Jahre den Bildungsprognosen und der Bildungsplanung zugrunde gelegt werden. Prophezeiungen sind mißlich; sie tragen zu leicht utopische Züge. Marshall McLuhan sieht eine Zeit voraus - ich zitiere -, "in der man nicht mehr zur Arbeit geht, sondern zu Hause über Radio, Telefon und Fernsehanschluß mit seinem Arbeitgeber kommuniziert". Daß die Entwicklung in allen verwaltenden, in allen Schreibtischberufen ganz stark in diese Richtung drängt, ist auch heute schon offensichtlich. Immer mehr ersetzt das Telefon den persönlichen Kontakt, das persönliche Gespräch. Ich habe kürzlich an einer Diskussion im Hörfunk teilgenommen, bei der ein Teilnehmer in Berlin, einer in München und ich selbst in Frankfurt saß - mit Hilfe der Konferenzschaltung, die ja auch in großen Betrieben und Verwaltungen zunehmende Bedeutung erlangt. Die Bibliothek, die

Registratur, das Archiv der Zukunft sind auf Mikrofilm aufgenommen. Man wählt von seinem häuslichen Schreibtisch das Dokument, die Buchseite, wie man heute einen Teilnehmer am Telefon wählt, und hat sie sofort auf dem Bildschirm seines Lesegerätes. Wenn man will, kann man mit einem Zusatzgerät dieses Bild dann dauerhaft auf Papier drucken. Das alles sind nicht nur technische Fortschritte, sondern echte Revolutionen; es wird für einen großen Teil der arbeitenden Menschen nicht mehr nötig sein, morgens ins Büro und abends nach Hause zu fahren, mit allen positiven Konsequenzen, die sich daraus für den Verkehr innerhalb der Städte ergeben, und mit allen Problemen, die dann neu/auf den Wohnungsbau, auf den Lebensstil zukommen. Hellmut Becker berichtet von Bildungsprogrammen des amerikanischen Fernsehens, in denen das vom Wissenschaftsrat geforderte Kontaktstudieum in Cambridge in Massachusetts zum Beispiel weitgehend diesem Massenmedium anvertraut ist - er erwähnt etwa "durch mehrere Monate laufende Fortbildungskurse für Physiker im Fernsehen". Er schreibt ferner über das amerikanische Schulfernsehen - ich zitiere -: "Das Schulfernsehen, richtig durchgeführt, bietet allerdings nur so hoch qualifizierten Unterricht, daß die Kinder in Versuchung geraten, sich mit ihren normalen Lehrern zu langweilen. Hinzu kommt: die Fernsehstunde ist so sorgfältig vorbereitet, daß kein Lehrer in der Praxis damit konkurrieren kann." Hier ist einer der gar nicht so seltenen Fälle, wo das Massenmedium Fernsehen nicht vermassend, nicht nivellierend, nicht qualitätssenkend wirkt, wie ihm immer nachgesagt wird, sondern das genaue Gegenteil eintritt. Und die Gefahr der Enthumanisierung, des verlorenen menschlichen Kontakts? "Nach meiner Erfahrung", schreibt Hellmut Becker,

"reagieren die Kinder in den verschiedensten Altersstufen nach kurzer Zeit auf den Lehrer im Fernsehschirm genauso direkt wie auf ein persönliches Gegenüber."

Bildung - Zwang, Luxus, Notwendigkeit? - Bildungspflicht und Bildungszwang, seit langem bei uns institutionalisiert, werden immer größere Bedeutung erlangen. Es kommt darauf an, die Entwicklung so zu steuern, daß der Staat nur so viel Zwang, nur so viel Pflicht wie notwendig verordnet und soviel Freiheit wie möglich erhalten bleibt.

Bildung ist Luxus - gegen dieses populäre Vorurteil muß nicht nur mit Mitteln der Aufklärung angegangen werden. Nur wenn es gelingt, lebensnähere Vorstellungen zu entwickeln, was Bildung für den einzelnen bedeutet, nur wenn es gelingt, Berufe, die einen längeren Bildungsweg voraussetzen, in jeder Beziehung - nicht etwa nur in materieller - attraktiver und faszinierender zu gestalten, wird es möglich sein, die Begabungsreserven zu aktivieren.

Bildung ist notwendig. Die überall vorhandenen Ansätze müssen genauer erkannt, entschiedener gefördert und ausgebaut werden. Auf vielen Gebieten, vor allem auf den berühmten "höheren Ebenen", ist eine bessere Koordination eine entscheidende Aufgabe. Wir müssen lernen, dynamisch und in die Zukunft zu planen, zu denken und zu handeln. Und schließlich: die Massenmedien sind, wie ~~zwar~~ alle Maschinen, wie alle Technik, wertneutral, also weder gut noch böse. Gut oder böse ist in unserer Welt allein der Mensch.

(Lebhafter Beifall.)

Stadtpräsident Köster:

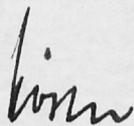
Herr Ministerpräsident! Für Ihre wohlgesinnten freundlichen Worte möchte ich Ihnen namens der Ratsversammlung herzlichen Dank sagen.

Ihnen, Magnifizenz, herzlichen Dank für die traditionelle Ansprache des Rektors der Universität; besonderen Dank für die netten Worte, die Sie für unsere Stadt fanden.

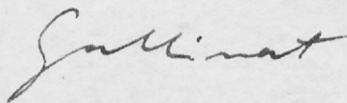
Für Ihren eindrucksvollen Festvortrag, Herr Stadtrat Dr. vom Rath, herzlichen Dank! Wir sind glücklich, daß ein hoher Kommunalbeamter aus der Stadt Frankfurt, aus einer so bedeutenden Stadt, heute uns den Festvortrag hier in dieser Festsitzung gehalten hat. Nochmals sehr herzlichen Dank!

Verehrte Frau Paustian! Sehr geehrter Herr Reimann! Sehr geehrter Herr Ritterhoff. Wir sind tief bewegt, daß Sie uns das Werk unseres unvergesslichen Peter Ronnefeld in dieser festlichen Stunde nahegebracht haben. Wir danken Ihnen sehr herzlich dafür.

Ich schließe die Sitzung.



Stadtpräsident



Ratsherr



Ratsherr
(Schriftführer)